

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: pro Jahr monatlich 2,50 Mark, durch die Post bezogen 2,80 Mark, ohne Postgebühren. Preis und Abbestellungsbedingungen für den Bezirk Halle-Merseburg: 14 Mark. Halle, Postfach 14.

Verleger: 13 Gutenbergstr. 1, d. Mühlentorstraße 1, Berlin. Druck: 70 Gutenbergstr. 1, Berlin. Tel. 1068, 1072, 2281. Telegr.-Adr.: Klassenkampf. Halle: Postfach 14. Verleger: 13 Gutenbergstr. 1, Halle. Druck: 70 Gutenbergstr. 1, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, den 14. Dezember 1925

5. Jahrgang \* Nr. 279

## Für Arbeit, Brot und Enteignung der Fürsten!

Dafür schlägt die KPD. allen proletarischen Organisationen gemeinsame Demonstration am kommenden Sonntag vor

Am vergangenen Freitag hat die Bezirksleitung der KPD. an die SPD, das Reichsbanner, das Gewerkschaftsamt, an den Internationalen Bund, an den Reichsbund der Kriegesbeschädigten, an die Altersrentner und Arbeitslosen, an den Mittelständischen Arbeiterbund, an das Sportamt, an die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen, an den RFB, an die Freidenker, an die Kultusvereinigungen und die proletarische Trübne und schließlich an die Jugendorganisationen des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Jungarmies folgendes Schreiben geschickt:

Verte Genossen!

Wie Euch bekannt ist, hat die kommunistische Reichstagsfraktion einen Vorschlag für die entschuldigende Entlassung der früheren Fürstentümer und die Vergütung der gesamten Fürstentümer für die Erwerbslosen, Kriegesbeschädigten und alle übrigen Kreise von Sozialrentnern eingebracht. Darüber hinaus hat sich das Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands bereits am 2. Dezember an alle Arbeiterorganisationen gemeldet mit der Aufforderung, mit der kommunistischen Partei zusammen einen Volksentscheid gegen jede Fürstentümerschaft zu organisieren.

Ausgehend von diesem Vorschlag fordern wir Euch nunmehr auf, zusammen mit uns, auch auf außerparlamentarischem Wege, die Massen der Hand- und Kopfarbeiter für die sichere Durchführung des Volksentscheides zu mobilisieren. Wir schlagen zu dem Zweck als ersten Schritt vor, daß

am Sonntag, dem 20. Dezember, in Halle eine proletarische Kundgebung mit anschließender Demonstration aller proletarischen Organisationen stattfindet unter der Losung: „Keinen Pfennig den Fürsten, dafür menschenwürdige Erwerbslosenunterstützung, ausreichende Kriegesbeschädigtenrenten und Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten“.

Um diese Kundgebung zu einem machtvollen Ausdruck aller Hand- und Kopfarbeiter zu machen, halten wir eine Vorgesprächung über die organisatorischen Einzelheiten dieser Veranstaltung für geboten. Wir schlagen daher vor, daß Vertreter jeder Organisation am

Dienstag, dem 15. Dezember, im Kartell-Zimmer des „Wolfspart“, Halle,

erscheinen, um mit den Vertretern der übrigen proletarischen Organisationen, die wir ebenfalls geladen haben, und mit den Beauftragten der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei, Bezirk Halle-Merseburg, durch Verhandlungen ein positives Ergebnis zu erzielen. Wir betonen ausdrücklich, daß wir Wert darauf legen, daß bei dem Zustandekommen der gemeinsamen Kundgebung auch eure Organisation Repräsentation findet. Wir gedenken unterdessen den Reichstagsabgeordneten Urbahn (Hamburg) sprechen zu lassen und voraussichtlich auch die Reichstagsabgeordnete Klara Zetkin.

Zum Schluß möchten wir Euch noch versichern, daß die KPD. wirklich allen Eines die Absicht hat, den Volksentscheid gegen die Fürstentümerschaft durchzuführen. Wir betrachten darum die heute Euch vorgeschlagene gemeinsame Kundgebung als einen Beginn der weiteren technisch-organisatorischen Schritte, die im Verlauf der praktischen Durchführung des Volksentscheides notwendig werden und über die wir zu jeder Zeit gern in Verhandlungen mit Euch eintreten.

In Anbetracht dessen, daß es wohl keinen Arbeiter, Angestellten oder Beamten gibt, der angeht, daß der Hungerwinter für eine Millionenabfindung der ausgebeuteten früheren Fürstentümer zu haben ist, halten wir es für selbstverständlich, daß Ihr als proletarische Organisation zu den Verhandlungen am Dienstag erscheint oder zum mindesten uns schriftlich bis zu diesem Termin eine konkrete Antwort auf die von uns gemachten konkreten Vorschläge gebt.

Mit proletarischem Gruß

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Gleichzeitig mit diesem Schreiben an die einzelnen proletarischen Organisationen hat die Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg sich an die Betriebsräte der einzelnen Werkstätten gewandt mit der Aufforderung, diese einheitliche Organisation des gesamten Proletariats durch ihre Erscheinungen zu den Verhandlungen

am Dienstag und durch die Mobilisierung der Belegschaften für die Sonntagsdemonstration zu unterstützen.

Wir sind der festen Überzeugung, daß wir mit der Einleitung dieses Schrittes nur das durchführen, was in den Massen des Proletariats liegt und was von ihnen förmlich verlangt wird. Die Forderungen, die wir vorbringen und für die demonstriert werden soll, sind solche, daß sie von allen als richtig erkannt werden müssen. Wenn jemals die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens des gesamten Proletariats gegeben war, so in diesem Augenblick, wo trotz des Erwerbslosentodes, trotz der Hungerrenten der Kriegesbeschädigten und trotz der elenden Gehälter der unteren Beamten die Hohenzollern und die übrigen Fürstentümer neue 500 Millionen von deutschen Mark erhalten wollen.

Es hat gar keinen Zweck, mit radikalen Worten auf das Fürstentum zu schimpfen, es hat gar keinen Sinn, nur theoretisch die Möglichkeit des Volksentscheides in Aussicht zu stellen, wenn nicht sofort die Massen der Hand- und Kopfarbeiter wirklich für eine ernsthafte Aktion gegen die fürstlichen Räuber mobilisiert werden.

Der Vorschlag einer gemeinsamen Kundgebung entspricht dem proletarischen Weltinteresse. Aus diesem ersten Schritt muß sich ergeben ein weiteres gemeinsames Vorgehen zur wirklichen Durchführung des Volksentscheides gegen die Fürstentümerschaft. In seinem Betrieb, in seiner Gewerkschaft, in seiner proletarischen Organisation darf der Ruf nach dem Volksentscheid nicht verstummen. Immer fester und geschlossener müssen sich die Massen zusammenschließen, bis die proletarischen Lösungen erfüllt sind:

- Keinen Pfennig den Fürsten!
- Brot den Arbeitslosen und Erwerbslosen!
- Menschenwürdige Renten den Kriegesbeschädigten und den Opfern der Arbeit!
- Ausreichende Gehälter für die unteren Beamten!
- Nieder mit dem Mietwucher!
- Entschädigung der Keinen Spares!

Aber auch über diese nächstliegenden Ziele hinaus ist ein geschlossener Kampf des gesamten Proletariats notwendig. Da gerade in diesem Hungerwinter eine reaktionäre Regierung für die Hand- und Kopfarbeiter besonders gefährlich ist, muß der proletarische Kampf allen reaktionären Regierungen gelten unter der Losung:

Her mit einer Regierung des werktätigen Volkes in Stadt und Land.

## Die Kapitalisten schluden 130 Millionen Erwerbslosengelder!

„Erhöhung“ der Erwerbslosenunterstützung um 1,05 Mark pro Woche

Aus allen Teilen des Reiches kommen Gerüchte über katastrophale Zunahme der Arbeitslosigkeit. Überall wird die Stimmung trübsinnig und drohend. Die kapitalistischen Stenographen melden von Tag zu Tag deutlicher, daß es ihnen nicht lange mehr gelingen wird, die verelendeten und hungernden Massen im Zaume zu halten, sie spüren, daß ihnen eine fürchterliche Abrechnung bevorsteht.

Aus dieser Stimmung heraus ist die „Erhöhung“ der Erwerbslosenunterstützung um 1,05 Prozent und Gewährung eines Betrag von 5 Millionen für die Ausgebeuteten beschlossen worden. Nur aus dem äußersten Zwang heraus hat die Regierung sich zu diesem „Zugehändnis“ bereitfinden lassen. Mit den niederträchtigsten Mitteln wurde wochenlang versucht, der Belegschaftslosigkeit über diese Frage überhaupt auszuweichen.

Diese Ermüdungen, die vor der Wägherdt nicht zu kompromittieren, geben auch den Ton der

### Reichstagsdebatte vom Sonnabend

an. Eine Partei übertrumpfte die andere an freundlichen Worten und Gesen an die Adresse der Arbeitslosen. Aber alle, von den Deutschenationalen bis zu den Demokraten, ließen sich ganz gern von der Kampfregerung außer vermalen.

Die kommunistische Fraktion hat drei Wochen lang in den Ausschüssen ihre Forderungen vorgetragen, die bewußt so niedrig gehalten waren, um auch den reaktionären Parteien die Abschwächung möglichst schwer zu gestalten. Genosse Kädel zeigte in seiner Rede am Sonnabend, wie unzulänglich selbst eine Verhochelung der Erwerbslosenunterstützung ist. Trotzdem wurden die kommunistischen Forderungen nicht von den Sozialdemokraten als „Anträge“ bezeichnet und abgelehnt. Die kommunistische Partei hat durch diese Ablehnung nicht einen Tag lang hindern lassen. Ihr Kampf für die menschenwürdige Unterbringung der Arbeitslosen geht weiter, innerhalb und außerhalb des kapitalistischen Parlaments.

## Demonstration der Hunderttausend in Berlin

Gegen den Fürstentümerschaft

(Sig. Drahtstr.) - Berlin, 14. Dezember.

Die Demonstration der KPD. und des RFB. im Lustgarten gegen die Hohenzollern und des übrige Fürstentümerschaft, für die Kontrolle der Produktion auf ein gewaltiger Erfolg der KPD. den selbst die bürgerliche Presse unumwunden zugibt. Die „Welt am Morgen“ schreibt von 60 000 bis 70 000 Teilnehmern. Es waren jedoch schätzungsweise 100 000 Arbeiter und Erwerbslose, vermengt mit Mittelständlern, an der Kundgebung teil.

Unter den Transparenten sah man hervorragende Kartaturen der Hohenzollernhagier und der anderen Erwerbslosen. In einem Zuge wurde eine große Fahne getragen, auf der hoch ein Engländer thronete, unter ihm gefesselt ein deutscher Proletarier und ein Chinese. Die Mäusungen des RFB. erschienen sämtlich mit ihren Rapellen, bei dem Gesang revolutionärer Lieder begleiteten. Unter den Demonstranten sah man auch Beamte in Uniform, Reichsbannerleute und Arbeiterkinder mit roten Haisbüchern. Als Redner sprachen u. a. Thälmann, Pfeifer, Leow, Pöck, Eberlein, Stöcker, Seifert u. a.

## Severings Hilfe für die soziale Not - Polizeimüppel

Wie die Telegramm-Agentur mitteilt, hat am Sonnabend eine Behörde tätigungen, zu denen unter dem Vorsitz Severings sämtliche Regierungspräsidenten geladen waren. Herr Severing führte nach dem Amtlichen Vorgehen die Rede ein: „Nerven befehlen“. Mit aller Schärfe gegen diejenigen vorgehen, die die Not des Volkes zu ihren politischen Zwecken ausnützen. Am Schluß der Konferenz wurden „Polizei-ausbildungsfragen“ für das ganze Staatsgebiet erörtert.

Die Bourgeoisie wird mit Schmunzeln diesen Bericht des sozialdemokratischen Innenministers gelesen haben. Das ist ganz der alte preisliche und schmeichele Ton nach der Methode, wenn das Leben uns nicht weis machen, daß keine Reichsmittel da sind. Bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums wurden für Zwecke der Produktion und der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge 220 Millionen Mark bereitgestellt. Davon sind bis jetzt 90 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge verausgabt, 130 Millionen müssen noch da sein. Aber die Regierung sagt, es ist nicht mehr da! Staatsrat Dr. Fischer hat in der Staatsauschussung die Aufführung gegeben, daß

diese 130 Millionen dem Industrie-, Handels- und Agrardepartement ausgesetzt

worden sind. Das passiert nicht zum erstenmal. Auch von den 170 Millionen des letzten Etats hat die Regierung den größten Teil für die Erhöhung der Beamtengehälter ausgegeben, weil sie wohlweislich dachte, daß dagegen niemand etwas werden lassen könnte. Die jetzigen 130 Millionen hat man einfach der Reichsbank zur Verfügung gestellt, die sie zu einem Zinsfuß von 3 Prozent an das Reichskapital weitergibt, das das Geld wieder zu 12 und 15 Prozent weiter ausleiht. Es sehen wir, daß mit dem Geldern der Erwerbslosenfürsorge glänzende Geschäfte gemacht werden, daß sie zu einem Raubzug ohne Gleichen verwendet werden. Und die Regierung sagt es, vor die Erwerbslosen hinstreten und zu erklären, daß sie nichts habe.

(Ausführlicher Sitzungsbericht auf der 8. Seite.)





# Bürgerliche Schönredner anerkennen die Erwerbslosennot

## Als Iaten Spott und Hohn

In der Beratung der Anträge über die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge erhebt sich ein (Zentrum) Bericht über die Beschlüsse des Haushaltsausschusses, der sich dem Antrag äußert, die Erhöhung der Hauptunterstützung um 20 Prozent bzw. um 10 Prozent für unterstützungsberechtigte Familienangehörige beantragt und ausdrücklich die Ablehnung der Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses empfiehlt, der u. a. eine Unterstützungserhöhung um 30 Prozent und die Gewährung einer einmaligen Beihilfe für die Haupterwerbslosen beantragt hat.

Aufführer (Soz.) bezeichnet die Wirtschaftskrise als Folge der kapitalistischen Sünden während der Inflationszeit und als Folge der durch die Kartellpolitik geförderten technischen Rückständigkeit. Die fortschrittliche Arbeiterschaft ist als Ergebnis der Wirtschaftskrise der bisherigen Rechtsregierung, die statt einer rechtzeitigen Vorbeugung durch ein Arbeitslosenförderungsgezet Deutschland lieber mit Schuldenlasten umgeben hat. Für die jetzigen Entlassungen ist nicht immer die Wirtschaftskrise der Grund, sondern vielmehr der Verzicht zur Vereinfachung der Arbeitsbedingungen, bei dem die Unternehmer die milde Unterstützung der Regierung finden. Unserer ist das Verhältnis des Kapitalgebers, der bifidatistisch in die Beratungen eingegriffen und die gefassten Beschlüsse auf höhere Unterstützung umgehoben hat.

### Genosse Kibel

verweist auf die ungeheure Steigerung der Zahl der Erwerbslosen, die sich allwöchentlich um 100 000 Personen erhöht. Als die Anträge auf Erhöhung der Unterstützung vor drei Wochen im Reichstag eingebracht wurden, gab es ungefähr 450 000 unterstützte Erwerbslose, jetzt ist die Zahl auf 700 000 gestiegen. Darunter gibt es aber eine große Anzahl von Hauptunterstützten, die mit der Gesamtzahl der Erwerbslosen mit annähernd zwei Millionen beizählen muß, eine Annahme, welche die Regierung zwar als unrichtig hinfstellt, ohne jedoch Beweise für das Gegenteil zu bringen zu können.

Die Kommunistische Partei hat die Verdoppelung der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Auch das sozialdemokratische Parteivorstand hat sich für eine Erhöhung um 30 Prozent ausgesprochen. Was bedeutet es? Ein Erwerbsloser bekommt jetzt in der höchsten Rate wöchentlich 8,10 Mark, unter Förderung bedeutet für die Hauptunterstützungsempfänger also eine Unterstützung von 16,20 Mark. Mit Lohn und Spott hat man darauf geantwortet, trotzdem nicht die kommunalistischen Beschäftigten, sondern z. B. auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und viele andere Gewerkschaftsvertreter auf dem Boden dieser Forderungen stehen.

Nach der jetzigen Regelung einer Dreiprosentigen Erhöhung wird aber ein Hauptunterstützungsempfänger in den Randgebieten ganz 6,30, in Berlin 9,72 Mark bekommen. Eine vierköpfige Familie soll mit 17 Mark pro Woche, von denen 10 Mark allein schon für Miete abgehen, ihren Lebensunterhalt bestreiten. Einleitende Notrufe sind bei den Arbeitern von Gemeinden aus Rheinlands Weßeln an die Reichsregierung gelangt, ganze Gemeinden gehen buchstäblich zugrunde. Unheimlich werden, wie es in Berlin vor einigen Tagen mit einer 18köpfigen Familie der Fall gewesen ist. Erwerbslose von den Hausbesitzern aufs Straßenpflaster gelegt. Die Regierung äußert bei der Wutausstöße aus dem ganzen Reich, die Anträge der Länder und Gemeinden unbeachtet gelassen, und erklärt, daß kein Geld da sei, das jetzt die Reichsregierung, die 50 Millionen Goldmark an Wilhelm II. ausbezahlt hat, die Herrn Schiele das Einjährighehr als pensionistisches Stipendium anrechnet, die Monat- und Monats-Rentenempfänger an die abgeklärtesten Mitglieder des alten Armes aus Auszahlung bringt.

Die Sozialdemokraten treten für eine Erhöhung der Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge auf 3 Prozent ein. Wir unterstützen diese Forderung nicht. Wir halten sie für einen Hinweis, für die Kapitalisten die Zinsen der Rente auf die Schultern der arbeitenden Massen abzuwälzen. Wie können die Arbeiter der kapitalistischen Rente dazu, nach dazu für die Kosten aufzukommen, die durch diese Rente entstehen.

Wir beantragen, die Erwerbslosenunterstützung wie früher aus Reichsmitteln zu bezahlen. Wir Kommunisten legen ihnen das ein: Sie mögen sich noch manche Verhöhnung der notleidenden Arbeiterklasse erlauben, Sie müssen immerhin damit, daß Sie dem Vorhange der Regierung zustimmen, hier ist jeder Arbeiter ein Opfer der kapitalistischen Rente dazu, nach dazu für die Kosten aufzukommen, die durch diese Rente entstehen.

Andere (Zentrum) erklärt, daß das Zentrum aus finanziellen Gründen nicht für die erweiterten Unterstützungsanträge eingestimmt ist. Es ist kein Grund vorhanden, die wirtschaftlichen Verhältnisse zu ändern zu sein.

Der hiesige Redner schlägt sich in ähnlichen Klagen über die Erwerbslosennot, stimmt aber natürlich den Regierungsanträgen zu.

In seiner Schlußrede gesteht Dismann (Soz.) noch in äußerst zudolenden Worten die Notwendigkeit der Luther- und Co., ebenso wie die faulen Ausreden, hinter denen sich Demokraten und Zentrum verkrüpfeln.

### Genosse Schütz

zeigt die Gründe, weswegen jetzt die Regierung und alle Parteien plötzlich ihr Herz für die Erwerbslosen erwidern haben: es ist nicht der Wille, den Arbeitlosen zu helfen, sondern nur die leidenschaftliche Angst vor der immer mehr wachsenden Erbitterung der Massen. Wenn der gute Wille zur Hilfe bestünde, dann könnte man ausreichende Mittel in dem Steuerüberschuß von 400 Millionen finden, die durch Maßnahmen erspart werden müßten, dann könnte man durch Aufgabe der Militärpflicht in Heer und Marine fast die meisten Summen freisetzen, fast die zur Erziehung internationaler Putschisten zu verwenden.

Die Arbeitlosen haben ein Recht, haben Anspruch auf die Sicherung ihrer Existenz, sie werden sich nicht mit Almosen abfinden lassen. Möge man uns Kommunisten als Heher verzeihen, wie man wollte. Wir werden nicht aufhören, den notleidenden Massen zu zeigen, wie sie betrogen werden. Sie werden nicht finden, daß über die Vorkriegszeit die Regierung und das Parlament zu ihrem Rechte führt. (Beifall bei den Kommunisten.)

Damit ist die Aussprache geschlossen. In der Abstimmung werden die weitestgehenden kommunalistischen und sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die Ausschlußbeschlüsse werden von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten angenommen. Danach wird alle

die Unterstützung für Hauptunterstützungsempfänger um 20 Prozent, für unterstützungsberechtigte Familienangehörige um 10 Prozent erhöht. Die Zuschläge für eine Familienunterstützung wird um 10 Prozent erhöht.

Soch (Soz.) gab eine Erklärung zur Abstimmung ab, wonach die sozialdemokratische Fraktion erklärte, nach Ablehnung der Anträge für die Hauptunterstützung zu stimmen, um den Erwerbslosen wenigstens die kleine Unterstützung zu gewähren.

Genosse Kibel erklärte zur Abstimmung, daß die kommunalistische Fraktion im Sozialpolitischen Ausschuß für den fallengelassenen Zentrumsantrag auf Dreiprosentige Erhöhung gestimmt hat, trotzdem die

### Berichtigung

In der Vorjahrsausgabe unserer Zeitung war am Sonnabend durch ein technisches Versehen der Satz des Artikels „Die Unterstützung in der Werbung über „Scheidensurteil im höchsten Dopaxent“ hineingekommen. Der aufmerksame Leser wird nun davon fest sein, die beiden Artikel richtig zusammengestellt haben.

ihre äußeren Bedenten dagegen zum Ausdruck bringen mußte. Für den Regierungsantrag kann die kommunalistische Fraktion jedoch nicht zustimmen, da er nichts anderes als eine Verhöhnung der Arbeitlosen darstellt.

## Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrags im Reichstag

Die Sonnabendtagung des Reichstags brachte in der zweiten und dritten Sitzung des deutsch-russischen Handelsvertrags noch einige Reden der bürgerlichen Partei.

Der deutsch-nationale Professor von Freitag-Loringhoffen bringt noch einmal die Unzufriedenheit der deutschen Kapitalisten mit dem Wirbeln der Sowjetregierung gegen das russische „Bolschewiki“-Moglichkeits zum Ausdruck. Wenn Deutschland durch den Handelsvertrag den Ruf im Ausland nicht gelohnt hätte, so wäre nach der Zustimmung der Sowjetregierung sofort und es hätte selber um das Geschäft mit Russland.

In bemerkenswerter Weise antwortet ihm der Demokrat Dr. Haas (Baden): Er ist überzeugt davon, daß bei einem Widererleben des kapitalistischen Systems in Russland dieses sofort in die Reihen der Entmachteten von Versailles eingetreten wäre und Deutschland auch von Osten her in Ketten gelockt wäre und erklärt, man müsse deshalb froh sein, daß der Bolschewismus nicht zusammengebrochen sei. Die russischen Emigranten seien nach wie vor für weitestgehende Annäherung an die Entente, Deutschland wäre bei einem einzigen antibolschewistischen Ansatze in Russland in immerwährender Gefahr unter die Räder gekommen.

Die deutsche Wirtschaft müsse sich mit aller Eile darüber klar werden, daß die jetzigen Verhältnisse in Sowjet-Russland weiter bestehen werden, und dürfe nicht dem Traum eines Wiederaufbaus des Außenhandelsmonopols nachhängen. Es sei klar, daß bei jedem Vertragswandel eines Staates mit sozialistischer Wirtschaft und einem mit kapitalistischer Wirtschaft der letztere im Vorteil ist; das russische Deutschland aber noch vornehmlich unter dem Vorzeichen der Krise.

Gräfe (Wälfisch) hat „unüberwindliche Bedenken“ und lehnt den Vertrag ab.

Der Volksparteier Dauch (Hamburg) erklärt, daß solange keine größeren Kredite bei russischen Aufträgen von Deutschland gegeben werden könnten, so lange nicht das deutsche Privatkapitalium für Russland ein „rocher de bronze“ (ein eburner Felsen) sei.

Nach Ausführung von Dr. Fiedt (Wälfisch, Berlin) und Haas (Baden) hat der Reichstag in zweiter und dritter Sitzung gegen die Stimmen der Bolschewiken angenommen.

## Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Im Anhang an unseren in der Sonnabendausgabe unserer Zeitung erschienenen Bericht aus der Sitzung des Haushaltsausschusses, die erst in der letzten Abendstunde ihren Abschluß fand, bringen wir nachstehend noch einige Einzelheiten.

In einem Unterantrag, der schließlich eingelegt wurde, wird der Hauptausdruck nicht zum Ausdruck, sondern die Abgeordneten Freitag und Co. (Zentrum) einen Antrag vor, der für die Beihilfengruppen 1 bis 4 die Erhöhung des Beihilfes von 12,5 auf 20 Prozent und für die Beihilfengruppen 5 und 6 von 12,5 auf 20 Prozent auszusprechen für die vier Monate Dezember bis März einmalig nach der Weisung, forderte; das macht für die erste Kategorie, zu der auch die Kriegsbeteiligungs- und Hinterbliebenen rechnen, 30 Prozent des Grundbehaltes und für die zweite Kategorie 30 Prozent aus. Selbst gegen diesen Antrag erhob der Regierungsvorsteher in der fortgesetzten Beratung des Haushaltsausschusses Einspruch; er unterbreitete im Gegenteil einen neuen Vorschlag, der eine weitere Vereinfachung des Antrages Altklasse-Morath bedeutete. Danach sollen bekommen: die Beamten der Gruppen 1 bis 4 ein Viertel der Monatsbezüge und die Beamten der Gruppen 5 und 6 ein Fünftel der Monatsbezüge, mindestens die Beihilfen 30 Mark und für die Ehefrau und jedes Kind 5 Mark, sowie die Kriegssopfer ein Viertel. Diesen neuen Vorschlag der Regierung bezieht die Genosse Loringhoffen als eine unüberhörte Prüßlerung (auch der Beamten als auch des Aussehens). Er erklärte, daß keine Partei bereit wäre, sich bei dem Antrag zu erklären, sondern daß die Beamten sich bei dem Zentrumsantrag stimmen werde, damit die Beamten wenigstens etwas bekommen. Bei der Abstimmung wurden die kommunistischen Anträge auf Gewährung einer Entschädigungsbeihilfe und Erhöhung der Beihilfe abgelehnt, ebenso der Antrag der Sozialdemokraten und der Bolschewiken, die Beihilfen für die Beamten der Gruppen 1 bis 4 zu erhöhen, und der Antrag Altklasse-Morath. Ungenommen wurde der Zentrumsantrag mit dem Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, des Bolschewiken und der drei Zentrumsabgeordneten und des Abgeordneten Schmidt (Stettin) der Deutschnationalen.

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

Die Beamtenbezüge als Handelsobjekt bei der Regierungsbildung

## Ein Interview Leipzarts im „Berliner Tageblatt“

### Ablehnung der Gewerkschaftseinheit — Was sagen die deutschen Gewerkschaftsmitglieder?

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ein Interview mit dem Vorsitzenden des ADGB Leipzart. Die Ausführungen Leipzarts werden ein großes Licht auf die Absichten der rechten Amsterdamer. Dazu kommt noch, daß Leipzart es für geboten erachtet, in einem ausgesprochen feindseligen Sinn Fragen zu stellen, die eigentlich die Arbeitgeber zu beantworten haben, offenbar hat es Leipzart für notwendig, einmal die Bourgeoisie über die Tatsachen der englisch-russischen Einheitsfront zu beruhigen, zum anderen, um dieselbe Bourgeoisie für den Kampf gegen die Gewerkschaftseinheit zu interessieren. Wir bringen die wichtigsten Stellen aus dem Interview. Leipzig erklärt:

„Angesichts des Beschlusses des englischen Gewerkschaftskongresses in London, der die Gewerkschaften der beiden Nationen zur Einheitsfront über das russische Problem unmittelbar auseinanderzusetzen. Ich habe in London am 1. Dezember den Engländern erklärt, daß die Vertreter der russischen Gewerkschaften in England eine ganz andere Sprache reden als in Deutschland (1). Die Engländer haben die Antwort gegeben, daß die Kontinentalen Gewerkschaften diesen Vorschlag nicht beifügen sollten. Ich habe ihnen unmittelbar nach unserem Zusammenreffen in London und den am 4. und 5. Dezember weiter fortgeführten Beratungen in Amsterdam eine Sonderaktion mit den Russen am 8. und 9. Dezember in Berlin vereinbart.“

„Wie erklären Sie sich (fragt der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ die Red.) das Verhalten der englischen Gewerkschaftsführer?“

„Das Verhalten der alten englischen Gewerkschaftsführer wäre unverständlich, wenn nicht die Möglichkeit wäre, daß ein für uns lässliche Vorgänge kämmer (1). Ich glaube, daß die Engländer in dem guten Glauben sind, der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen großen Dienst zu erweisen. Allerdings muß ich behaupten, daß meine Überzeugung von dem guten Glauben der Engländer mit der Tatsache zusammenfällt, daß sie ihre Konkurrenz mit den Russen unmittelbar nach unserer Beratungen in London am 1. Dezember und nach unserer weiteren Beratungen in Amsterdam am 4. und 5. Dezember gestoppt haben. Wenn es aber der Fall ist, daß die Engländer mit vollem Bewußtsein sich mit den russischen Gewerkschaften verständigen, so nehme ich an, daß sich die Engländer über die notwendigen Bedingungen des internationalen Gewerkschaftsbundes im klaren sind. Der internationale Gewerkschaftsbund kann es sich nicht auf die Dauer gefallen lassen, daß über seinen Kopf hinweg gehandelt wird. Es liegen so viele beweisträchtige Zeugnisse vor, daß die russischen Gewerkschaften überhaupt keine freien und unabhängigen Arbeiterorganisationen sind (1). So hat auf der letzten Beratung die Amsterdamer der Vertreter unserer italienischen Gewerkschaften erklärt: „Wenn die Russen ihre Teilnahme in die Gewerkschaftsinternationale unter den heutigen Umständen durchziehen, so besteht kein Argument mehr gegen die Aufnahme der jehidischen Organisationen, die ebenso wie die russischen Gewerkschaften von einem Reich und Kommando abhängen werden.“ Ich darf dabei bemerken, daß die deutschen Gewerkschaften immer ihr Eigenes betont haben und es ablehnen. Anhängel einer politischen Partei zu sein (1). Die Russen können bei der programmatischen Abweisung der Kommunistischen Partei, die nicht nur der Staat, sondern die Gesellschaft selbst sein will, unmöglich dieselbe Idee akzeptieren.“

„Stimmen Sie“, fragt der Berichterstatter weiter, „daß die Entlohnung der Engländer die Russen auf entscheidenden Einfluß auf die kontinentalen und insbesondere auf die deutsche Arbeiterklasse sein wird?“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

„Die Frage möchte ich mit einem klaren „Nein“ beantworten. Das Vorgehen der Engländer im Frühjahr und Herbst dieses Jahres hat zweifellos zunächst in unserer Gewerkschaft Verwirrung hervorgerufen. Es hat den Abwehrkampf gegen die Kommunisten nachdrücklich ermahnt; aber das alles war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Massen der Arbeiter haben sich sehr schnell zurückgefunden. Der Gewerkschaftskongress von Breslau ist der beste Beweis. Ich habe auf diesem Kongress ausdrücklich erklärt: Das Problem des Einheitsfronts kann nicht nach dem Rezept der Engländer gelöst werden. Damit war die Frage entschieden und über die weitere Beratung wurde nicht mehr gesprochen. So glaube ich im Namen von 5 Millionen deutscher Gewerkschaftler sagen zu können, daß unter diesen niemand ist, der nicht die Gewerkschaftseinheit haben möchte, doch aber die unendliche Mehrheit dieser 5 Millionen deutscher Arbeiter längst erkannt hat, daß eine Einheit mit den kommunistischen Gewerkschaften, die den gewerkschaftlichen Geist und eine ausländische Regierung gegenüber, nicht möglich ist.“

### Luther auch gegen den Zentrumsantrag

Von den verfeindeten Seiten tauchte heute im Reichstag die Nachricht auf, daß die Hauptregierung, im besonderen der Reichspräsident, das einseitige Vorgehen der Zentrumsanträge zu akzeptieren. Wie die Zentrumsfraktion diesem Druck nachgeben oder nicht, wie bei den Erwerbslosenanträgen, erneut umfallen? Nach dem „Vorwärts“ ist bereits ein Rückhalt unter den Parteien vor zu sehen. Das Ergebnis wird sicherlich eine weitere Verfestigung für die Beamten bedeuten.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.

Reichspräsident: Max Baumbach, Eisenberg, für den sozialdemokratischen Teil für den Reichstag und Eisenberg: 3. 2. 1914. 8. 11. 1914. 14.













## Die Arbeiterportler für Enteignung der Fürstenhäuser

Auch die Arbeiterportler verlangen die Enteignung der Fürsten. Das ist ein weiterer Beweis für die Unterdrückung eines Volksenthusiasmus durch die dreifachen Mächte.

Wir lassen die Entfaltung wörtlich folgen, weil sie von großem Allgemeininteresse ist. Sie lautet:

Der außerordentliche Kreisstag des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Berlin-Brandenburg stellt fest, daß durch die Belästigung der Arbeiter in allen Bezirken ein Abflauen der Turn-, Spiel- und Sportbewegung zu besorgen ist. Der gesundheitliche Tiefstand der Arbeiterklasse fordert gezielte, daß dem Arbeiter Zeit für die Pflege seines Körpers gegeben wird. Deshalb appelliert der Kreisstag an alle Arbeiterorganisationen und Gemeindefürsorge, die Arbeiter zu unterstützen, daß sie am Montag wieder in allen Bezirken die Arbeiterportlerführung gelangt. Um dieses für die Arbeiterportler unerlässliche Ziel zur Hebung der Volksgesundheit zu erreichen, appelliert der Kreisstag an alle Bundesgenossen, sich politisch und gemeinschaftlich zu organisieren, die Arbeiterportler zu unterstützen und bei allen für die Arbeiterportler notwendigen und energiegeladene für die Erregung des Achtungsbewusstseins tätig zu sein.

Ferner erwartet der Kreisstag, daß die Arbeiterportler und Jungfrauen die reifliche Enteignung der Fürstlichen Häuser in den Parkanlagen und die beschlagnahmten Vermögen zur Verringerung der Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter verwandt werden.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ebenso einstimmig müßten alle Aktionen in dieser Richtung von jedem Arbeiterportler aktiv unterstützt werden.

### Bezirksportler-Sitzung im Regierungsbezirk Merseburg

Getern tagte im "Vollspart" das Bezirkskartell, welches von 17 Kartellen besteht. Leider fehlten mehrere Kartelle. Kurz nach 10 Uhr wurde die Sitzung eröffnet mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Bericht des Bezirksportler-Konferenz; 3. Vortrag des Sportgenossen Dantowitz; 4. Bericht des Bezirksportler-Konferenz; 5. Wahl des Vorstandes; 6. Bericht des Sportgenossen Wandermann an den Vorstandsbereich. Seine ersten Worte galten dem Regionalkartell. Nach kurzer Diskussion wurde ins Besondere zu reden. Von dem Bericht der Vorsitzenden auf die Agitationsfragen über die Zukunft behandelt werden müssen. Dann wurde die Arbeit der einzelnen Kartelle erörtert. Schwierige Lage herrscht durch den Mangel an Sportplätzen und Turnhallen. Nur zwei Vereine besitzen eigene Sportplätze. Die Kartellen müßten sich mehr den Sportern widmen. Einem Sportplatz werden nur noch Vereine organisiert. Die rein sportliche Betätigung zeigen und die Jugendorgane fördern. Und das wurde beigegeben, denn in einem Sportplatz werden nur Vereine zugelassen, die der J.A. angehören. Die Zustände des Reiches, der Länder und der Gemeinden waren verschieden. Teilweise wurden vorübergehend keine Beiträge bewilligt. Im Zukunft müßten wir alle Vereine zusammenfassen, um durch die Kartelle größere Summen herauszubekommen. Die einzelnen Kartelle müßten mehr Werbekampagnen entfalten, um unjüngere Jugend die Ziele einprägen und als Kampfkämpfer zu erziehen. Die Kartelle müßten den Organisationsbereich der Parteien ihre Wünsche in gemeinsamer Erklärung unterstützen. Die Reichs- und Landesportler müßte gemeinschaftlich ablaufen. Die Facharbeiterschaft in Merseburg verbleibe für uns ergebnislos. Mit Quersport und Vollenborn sind Verhandlungen zum Eintritt ins Kartell im Gange. Wir werden versuchen, alle Kartelle und Sportler zusammenzufassen zu erschöpfender Arbeit.

Sportgenosse Dantowitz unterstützt die Ausführungen des Vorstandes. Er trifft die Arbeitermassen, die nach heute dem Arbeiterportler absteils stehen, dagegen die bürgerlichen Sportveranstaltungen belächeln. Die Mächte müssen mit den Bürgerlichen brechen. Die Eltern und die Arbeitgebers müssen die Jugendlichen aufklären, um sie den bürgerlichen Vereinen zu entziehen und als Kampfkämpfer zu erziehen. Die Auswertung der Facharbeiterschaft muß geprüft werden, damit unter Standpunkt richtig vertreten wird.

Sportgenosse Dorenz, Weipfels, gibt seine Erfahrungen zum Vollen und beklammert die Ausführungen des Vorstandes.

Sportgenosse Gude, Ammendorf, erklärt sich ebenfalls damit einverstanden.

Sportgenosse Fesold, Halle, betont, daß die Parteien ihr Augenmerk in letzter Zeit dem Sport mehr zugewandt haben. Es müßte den betreffenden Instanzen rechtzeitig Begehrid zukommen.

### Deutschlands revolutionäre Matrosen

6) Von Anti-Nautius

Das war der Gang dieses großen Säures, mit dem er sich jedesmal aus unierer Kadriere heranzog und zum Dienst vor die Kellertriebe. Und mehr denn jeher, der nicht lönnel genau aus den hängematten sprang, ein Griff, ein Schnitt am Kopf der hängematten und er machte einen unerschütterlichen Schritt auf das linkeleingelichtete Zwischendeck.

Zehn Minuten vor Mitternacht sammelte sich die gesamte Feiertagswache in der Schiffschmiede zur Abholung für die Dunkel- und Heizräume.

Als der wachhabende Ingenieur zur Abholung in die Schmiede trat, meldete der dienstverrichtende Obermaat: „Zwoote Heizwache klar zur Abholung!“ Wählig und faul lautierend nahm der Ingenieur diese Meldung entgegen und befehl: „Zwoote Heizwache - an Arbeit - an Arbeit - an Arbeit!“ Die Heizer und Überwache hielten sich wie die Festgewageten! Die Heizer in der Erregung auf den Gestirnen an. Keiner wollte als feige gehen und wegzetren. Der Ingenieur und auch der Obermaat, der bei uns den Spinnmann "Auzelmann" führte, waren ganz sprachlos darüber, daß wir ihrem Befehle keine Folge leisteten.

Dann war ihnen in ihrer langen Praxis, die noch nicht verlorenen Karte von Schützen an den Wandschiffen war, noch nicht verloren. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand.

Als er sah, daß das nichts half, wurde er im Gesicht blutrot und dann leidend. Der Obermaat trat auf ihn zu, rührte ihm etwas an die Schulter und befehl: „Rührt Euch!" Dann verstand der Ingenieur für einige Augenblicke in der Richtung nach den Offizierskajüten. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand.

Als er sah, daß das nichts half, wurde er im Gesicht blutrot und dann leidend. Der Obermaat trat auf ihn zu, rührte ihm etwas an die Schulter und befehl: „Rührt Euch!" Dann verstand der Ingenieur für einige Augenblicke in der Richtung nach den Offizierskajüten. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand.

Als er sah, daß das nichts half, wurde er im Gesicht blutrot und dann leidend. Der Obermaat trat auf ihn zu, rührte ihm etwas an die Schulter und befehl: „Rührt Euch!" Dann verstand der Ingenieur für einige Augenblicke in der Richtung nach den Offizierskajüten. „Zunächst zieh ich der Herr" Ingenieur einmal loretz zusammen, zieh Augen und Mund feig auf und lommardierte nochmals: „An die Arbeit, - weggetren!" Und wiederum rührte sich niemand.

damit Material gesammelt werden kann, um dann in den Parlamenten, Gemeindefürsorge um die Gelasse vertreten zu können. Die proletarischen Organisationen müssen sich von den im bürgerlichen Lager befindlichen Sportern lösen, wie dies bereits zum Teil geschehen ist.

Ferner sprachen Sportgenossen aus Wolfen, Greppin, Zageroden, Bitterfeld, Eilenburg, Merseburg. Am Schlußwort geht der Vorsitzende auf die Kartellen und Diskussionen über ein.

Der Kassenbericht wird einstimmig genehmigt.

Sportgenosse Dantowitz, Eilenburg, gibt Bericht von der Reichs-Portler-Konferenz der Kartelle. Es waren 46 Delegierte aus allen Teilen des Reiches anwesend, außer Wittenberg. Er schildert die finanziellen Erfolge der einzelnen Kartelle. Jetzt sind recht beträchtliche Summen gesammelt worden. Er erörtert die Frage und Turnhallenfrage, sprach über die Befestigung der Bundeshäuser und den Film, „Die Großmacht", der den Delegierten vorgeführt wurde. Die Reichs-Portlerportage und zuletzt die Olympiade nahmen lange Zeit seiner Ausführungen in Anspruch. Als er die Zusammenlegung der Sitzung bekanntgab, empfing sich eine erregte Debatte mit den Sportgenossen Kiefer, Dorenz, Bürger und Dertel.

Den Vortrag über „Preußische Jugendpflege" gab Sportgenosse Dankworth, Magdeburg. Er gab uns sängerische in organisatorischer Hinsicht und erklärte die Unteraufschlüsse für Betriebskassen und die Jugend-, Unfall- und Haftpflichtversicherung.

Sportgenosse Bürger, Halle, gab ergänzende Ausführungen zum Jahrausblick.

Der Reichs-Portlerportage findet drei Wochen nach Bingenken für die Vertreter Kartelle, nämlich in sich im Ort und in den größten Städte um mit diesen Sportern gemeinsam zu halten. Es wurde beschlossen.

Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender: Wandermann, Halle, 2. Vorsitzender: Dertel, Halle, Kassier: Krause, Halle, Schriftführer: Wittig, Merseburg, Beisitzer: Bürger, Halle, und Dantowitz, Eilenburg. Die Wahl des Fachbeitrags bleibt Halle überlassen.

Am Beschließen wird beschlossen, den Beitrag vor 5 Pf. pro Mitglied und Jahr zu belassen.

Eine Anfrage auf Fahrpreisermäßigung der Jugend wird festgehalten.

Sportgenosse Weid, Halle, brachte folgende Entschließung ein, die nach einer Diskussion einstimmig angenommen wurde:

„Die am 12. Dezember 1925 im 'Vollspart' in Halle tagende Bezirkskonferenz der Sportkartelle im Regierungsbezirk Merseburg unterstützt die Forderung zur Durchführung eines Volksentscheides gegen die Fiskusentbindung. Sie erwartet von allen Kartellen, daß sie die Forderungen in der Facharbeiterschaft, die diese Forderung auszusprechen."

Nach 3 Uhr Schluß der Sitzung.

### Arbeiterportler-Halle

Dienstag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, im "Vollspart"-Sitzung. Alles muß ergründen, da Statutenberatung und Bezirksportlerkonferenzbericht auf der Tagesordnung steht.

### Bezirksrat des 6. Bezirks

Getern fand im "Vollspart" der diesjährige Bezirksrat statt. Sportgenosse Hartig eröffnete denselben 10 Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Protokoll; 2. Berichte; 3. Neuwahlen; 4. Anträge - Gedächtnis; 5. Bericht des Bezirksportler-Konferenz.

Das Protokoll wurde verlesen und genehmigt. Bei Punkt Berichte gab der Bezirksleiter bekannt, daß der Bezirk mit schweren Widerkämpfen im verflochtenen Jahre zu kämpfen hatte. Über diese Hindernisse wurden durch das Zusammenarbeiten des Gesamtkreisportler-Komitees, die die Arbeit des Bezirks in der letzten Zeit vorantreiben konnten, berichtet. Der Bezirk hat jetzt 1800 gemeldete Mitglieder. Mit dem Wunsch, werben und organisieren für unsere Sache wirken zu wollen, schloß derselbe seinen Bericht. Ein erfreuliches Bild gab der Kassierer Sportgenosse Gurtich in seinem Bericht.

### Das Olympiade-Erinnerungsbuch

Mit 48 Seiten Bilder ist das Olympiade-Erinnerungsbuch erschienen. Der einführende Artikel ist in vier Sprachen geschrieben. Auf 16 Seiten folgt zum Schluß die offizielle Rangliste der Wettkämpfer. Bestellungen sind an die Verbands- zu richten. Preis 1,25 Mark.

Bericht. Der Bezirk hat ein Barometermaß von 531,21 Mt. Dazu kommt der Anwartsbeitrag, so daß ein Gesamtvermögen von 772,71 Mt. vorhanden ist. Der Jugendleiter Sportgenosse Harbord gab in seinem Bericht kund, daß die Jugendfrage noch zu klären übrig läßt, da er von seinen Jugendleuten nicht die gemollte Unterstützung fand. Auf dem Gebiete der Reichsarbeit gab Sportgenosse Kiefer bekannt, daß er noch eine regere Beteiligung als bisher wünscht.

Der Bezirksleiterportobmann erklärte den großen Wert der Bezirks-erstattung und äußerte den Wunsch, daß jeder Verein seine Berichte erstattung mehr als bisher ausbauen muß. Damit waren die Berichte erköpft. Bei Punkt Neuwahlen wurde fast der alte Vorstand wiedergewählt und sieht folgendermaßen aus:

1. Bezirksleiter: H. Harbord (Dortuna), 2. Bezirksleiter: H. Harbord (Victoria), 3. Kassierer: D. Gurtich (Victoria), 4. Kassierer: W. Kiefer (Großes), 5. Schriftführer: M. Hestling (Halle), 6. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 7. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 8. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 9. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 10. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 11. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch), 12. Schriftführer: M. Grotzsch (Grotzsch).

Folgende Resolution wurde vom Bezirksrat einstimmig angenommen:

„Der am 13. Dezember 1925 tagende Bezirksrat des 6. Bezirks, 2. Kreis, im Arbeiter-Turn- und Sportbund appelliert an die Gewerkschaften und Parteien, im Interesse der Arbeiterschaft durchzuführen, was bisher noch zu wollen als bisher, das alle gewerkschaftlich und politisch organisierten Sportler, welche sich noch im bürgerlichen Lager befinden, auf das schädliche Tun ihrer Bandlungswelle hinwirken und sich reiflich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund anschließen."

### Sportnachrichten

**Kreisweitschachspiel**

Fortuna 1. Mann - Eintracht 7 Magdeburg 4:2 (2:1)

Der Fortuna 1. Mann hat sich bei der Kreisweitschachspiel am Sonntag in Magdeburg (Victoria) mit dem Eintracht 7 Magdeburg (Victoria) gemessen. Der Fortuna 1. Mann hat sich bei der Kreisweitschachspiel am Sonntag in Magdeburg (Victoria) mit dem Eintracht 7 Magdeburg (Victoria) gemessen. Der Fortuna 1. Mann hat sich bei der Kreisweitschachspiel am Sonntag in Magdeburg (Victoria) mit dem Eintracht 7 Magdeburg (Victoria) gemessen.

**Handball**

Die Handball-Spieler des 6. Bezirks sind am Sonntag in Magdeburg (Victoria) mit dem Eintracht 7 Magdeburg (Victoria) gemessen. Der Fortuna 1. Mann hat sich bei der Kreisweitschachspiel am Sonntag in Magdeburg (Victoria) mit dem Eintracht 7 Magdeburg (Victoria) gemessen.



# Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der A.P.D. / Vereinigung Internationaler Kampfgruppen des G. B. Berlin 63 61, Planitzer 17

## Mobilisierung der Genossenschaftsmitglieder.

Die seit Juni 1924 immer mehr zunehmende Passivität der proletarischen Mitglieder in den Genossenschaften hat ihren Höhepunkt überschritten und ist ihrem Ende zugegangen. Die Opposition beginnt sich langsam wieder zu sammeln, um erneut und vorläufig in den proletarischen Kreisen- und Bewegungskampfen anzuknüpfen. Eine erhebliche Zunahme der Aktivierung der Genossenschaftsmitglieder ist zu beobachten. Die Genossenschaftsbürokratie, die die neue ihr drohende Gefahr erkannt hat, beginnt bereits mit der Wiederaufnahme des Kampfes gegen die proletarische Genossenschaftsopposition.

Die in den letzten Monaten stattgefundenen General- und Vertreterversammlungen spiegeln die wachsende Aktivierung der Genossenschaftsopposition deutlich wider. Überall sind die proletarischen Genossenschaftsmitglieder mit den Kampfordernissen gegen die Genossenschaftsbürokratie aufgetreten. Dort, wo die Durchsetzung der Forderungen noch nicht gelang, sind beträchtliche Widerarbeiten um unsere Fahne gescheitert. In Wodum, Essen, Marienburg, Halle, Remscheid, Berlin, Chemnitz, Dresden, Bielefeld, Nürnberg, Leipzig, Chemnitz, Erfurt und unendlich anderen mütterlichen kleineren Konsumvereinen trat die Genossenschaftsopposition aktiv auf und setzte ihre Forderungen zum Teil durch. In Essen wagte die Bürokratie nicht die kommunalistischen Anträge wegen der Teuerung, wegen des Reichsrahmentarifs und der Entlassung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland abzuwehren, sondern überließ sie — trotz der bestehenden reformistischen Mehrheit — der Verwaltung. In Marienburg, Halle, Chemnitz, Dresden und anderen Vereinen wurden die kommunalistischen Anträge angenommen. In Berlin verurteilte die Bürokratie mit den schärfsten Mitteln die Opposition zu unterdrücken und verneinerte eine Behandlung der naturgemäß erbaunungswürdigen Anträge über die Teuerung, die Festsetzung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland und die Gewährung einer Unterhütung an die Genossenschaftler.

Die in den letzten Wochen weitestgehend gebrochene Arbeit der Genossenschaftsopposition gilt es weiter auszubauen und unter Anknüpfungen zu veredeln. Jeder Kommunist gehört hinein in die Konsumgenossenschaft. Er muß den von unleserlichen Konzeptionen getriebenen Schein durchbrechen. Keine Parteiorganisation mehr ohne eine Genossenschaftsorganisation. Wir müssen wieder die mit uns sympathisierenden und oppositionellen Mitglieder der Sozialdemokratie um unsere Fahnen sammeln, indem wir für die Durchsetzung der Forderungen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder kämpfen. Die Sozialdemokraten sind dabei der Kampf gegen die Teuerung, für die Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland zum Zweck der Herbeiführung von Geschäftsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften, der Kampf für den Ab-

schluß eines neuen Reichsrahmentarifs und die Unterhütung des Kampfes für die Herstellung der nationalen und internationalen Genossenschaftseinheit.

## Kommunalvertreter für die Konsumvereine.

Die Berliner Kommunalfraktion der A.P.D. brachte in der Stadterverordnetenversammlung folgenden Antrag für die Berliner Konsumgenossenschaft ein:

„Um der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend die Möglichkeit zu geben, der Berliner Bevölkerung billige Lebensmittel zu verabfolgen, beschließt die Stadterverordnetenversammlung: der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend werden sämtliche kommunale Steuern und Abgaben erlassen und alle möglichen Erleichterungen und Unterhütungen durch die Stadterverordneten gewährt.“

In einem Antrag zur Unterhütung der Grundsteuern verlangte die kommunalistische Fraktion zur Durchführung der Unterhütungsfaktion vor allem die Berliner Konsumgenossenschaft heranzuziehen.

Die SPD-Fraktion hat in Berlin für die Konsumgenossenschaft noch keinen einzigen Antrag gestellt.

## Konsumvereine gegen den Locarno-Kriegspakt.

(Arbeiterkorrespondenzen)

Die Generalversammlung des Konsumvereins Chemnitz beschloß einstimmig folgende Resolution zum Locarno-Kriegspakt:

„In Locarno ist der Ring, welcher um Sowjetrußland gelegt ist, endlich zusammengeschoben worden. Die Vertreter des deutschen Großkapitals, Entker und Stresemann, haben es vorgezogen, statt Erneuerung des Rapallovertrages mit Rußland, die Entzweiungspolitik Frankreichs und Englands mitzumachen. Der deutschen Wirtschaft wird damit, rein wirtschaftlich betrachtet, ein ungeheurer Schaden zugefügt, ganz zu schweigen von den politischen Auswirkungen. Die heutige Generalversammlung hat in diesen Zusammenhängen eine scharfe Stellungnahme der deutschen Arbeiterklasse und fordert alle Beteiligten auf, mit allen geeigneten Mitteln eine Regierung der Arbeiterklasse zu erkämpfen.“

In allen Konsumvereinen muß zu dem Locarno-Pakt Stellung genommen und den Genossenschaftsmitgliedern der Zug und Erug der passivistischen Handlung vor Augen geführt werden. Wieder mit dem Locarno-Pakt Bündnis mit Sowjetrußland ist unsere Lösung.

mitglieder erneut vom Zentralverband die Aufnahme des Kampfes für die vollständige Befreiung der Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften von der Umsatz-, Gewerbesteuer und jeder anderen Belastung verlangen.

## Hamburg gegen proletarische Genossenschaftsforderungen

Die Genossenschaftsbürokratie wendet sich gegen die Forderungen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder, die vom Hamburger Zentralverband u. a. eine engere Fühlung mit den Genossenschaften der schaffenden Bauern und engle Verbindung mit den russischen Genossenschaften verlangen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften — so erklärt die Genossenschaftsbürokratie — behede seit langem eine hinreichend enge Fühlung durch den freien Austausch der Genossenschaftsverbände. Dittelle Beziehungen zu den russischen Genossenschaften seien erst möglich, wenn deren russische und deutsche Vertreter sich entsprechend betragen. Ebenso wird die Forderung auf Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland bestritten, da die deutschen Genossenschaften „ihre Selbst würdig zu nützlichen Zwecken dringend gebrauchen“.

Die proletarischen Konsumvereinsmitglieder haben nicht verlangt, daß die Genossenschaftsführer im freien Austausch über Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen und Anter-genossenschaften betreiben sollen. Wir bejahen diese Politik der Führer der Konsumvereine mit den Reaktionen im freien Austausch, weil die Arbeitergenossenschaften ihre proletarischen Klasseninteressen nur in Kampfgemeinschaft mit den proletarischen Organisationen durchsetzen können. An Stelle der Arbeitsgemeinschaftspolitik im freien Austausch ist die Herstellung einer organisierten Verbindung zwischen dem Zentralverband, dem I.G.B., der A.P.D. und den kleinbauern Genossenschaften notwendig. Die Forderung der schaffenden Bauern und ihren Organisationsverbände, die Forderungen der Konsumvereinsmitglieder und den Konsumvereinen verteidigt? An nur äußerst wenigen Vereinen.

Die Forderungen auf Beziehungen mit den russischen Genossenschaften und die Herstellung eines direkten Waren-austausches werden die proletarischen Genossenschaftsmitglieder weiter erheben und durchkämpfen. Sie werden dabei auch die Sabotage der Zentralinstanzen durchbrechen. Die englischen, französischen, österreichischen und Genossenschaften der anderen Länder haben bereits Verbindung mit den russischen Genossenschaften hergestellt. Die proletarischen Konsumvereinsmitglieder werden den Kampf weiterführen, bis ihre Forderung auf Entsendung einer Genossenschaftsdelegation nach Sowjetrußland durchgeföhrt ist und Verbindungen hergestellt sind.

## Für Organisierung des Kampfes gegen die Teuerung.

Die Generalversammlung des Konsumvereins Marienburg hat nach gegen 8 Stimmen folgende Entschließung an, die die Organisierung des Kampfes gegen die Teuerung verlangt: „Die in der Konsum- und Spargenossenschaft von Marienburg und Umgegend organisierten Verbraucher stellen es für bringen notwendig, daß die Abwehr der Arbeiterklasse gegen ihre weitere Verelendung immer schärfer und konzentrierter durchgeführt wird.“

Zu dem Zwecke erwarten sie von der politischen Organisationen der Arbeiterklasse, daß sie ernsthaft den Kampf aller Arbeitenden organisieren:

- gegen die Lebensmittel- und Industriezölle;
- gegen die Umsatz- und Gewerbesteuer für die Konsumvereine;
- für langfristige zinsfreie Kredite aus öffentlichen Instituten;
- für Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch Preissteigerungen und Großhandel.

Von den freien Gewerkschaften erwarten sie die Entsendung aller Kräfte zur Erkämpfung höherer Löhne und zur Wiedererobierung des Klassenkampfes im ganzen Reich.

Die Befestigung eines Reichsrahmentarifs zwischen den in Frage kommenden Genossenschaften und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine muß umgehend erfolgen, so daß beide Gruppen wieder in gemeinsamer Front gegen den gemeinsamen Gegner kämpfen können.

Vom Zentralverband deutscher Konsumvereine erwarten die Mitglieder inner, daß von ihm engere Fühlung genommen wird mit den Genossenschaften der schaffenden Bauern und daß die engste Verbindung mit den russischen Genossenschaften wiederhergestellt werde.

Als ersten Schritt auf diesem Wege erwarten die Mitglieder vom Zentralverband deutscher Konsumvereine die Entsendung einer umfangreichen Delegation von tüchtigen Genossenschaftlern nach England zum Studium der russischen Sowjetorganisationen.

Die Forderungen der Marienburger Konsumvereinsmitglieder sind proletarische Kampfparolen. Die Mitglieder haben erkannt, daß der Kampf gegen die Teuerung nicht geführt werden kann durch die Beteiligung an dem Preisabbaumanöver der Zuther-Regierung, wie es die sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie tut. Die Genossenschaftsbürokratie hat auch den Kampf gegen die Forderungen aufgenommen.

In dieser Resolution der Marienburger Konsumvereinsmitglieder wird aber wieder die alte Preis-Stützen-Theorie der Arbeiterbewegung von der alten Sozialdemokratie aufgewickelt, wonach die einzelnen „Stützen“ oder „Zweige“, die politische Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften voneinander getrennt, spezielle politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aufgaben durchzuführen haben, die keiner Koordination bedürfen. Deshalb wird in der Resolution von den politischen Organisationen die Durchführung bestimmter Forderungen verlangt, ebenso von den Gewerkschaften und den Konsumvereinen. Wogit wirkt dabei direkt, daß der Kampf für Kredite an die Konsumvereine und für ihre Befreiung von der Umsatz- und Gewerbesteuer als eine Aufgabe der politischen Organisationen dargestellt wird. Gemäß ist heute der Kampf für Kredite an die Konsumvereine und ihre Befreiung von den Steuern eine durchaus politische Kampfstrategie für die die politischen Parteien sich mit allen Mitteln einlassen müssen, ebenso wie auch die Genossenschaften. Die Genossenschaften sollen aber dazu keine Kampfmaßnahmen ergreifen? Natürlich müssen sie das, und es ist in erster Linie gegen ihre Aufgabe. Ebenso selbstverständlich ist, daß es auch zu den Aufgaben der Arbeiterkonsumvereine gehört, den Kampf gegen die Zölle, für Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch Kartelle und Großhandel, für die materielle Unterhütung der Genossenschaftskämpfe usw. mit zu organisieren bzw. zu unterstützen. Die Durchsetzung der proletarischen Kampfparolen ist heute nicht mehr die Aufgabe einer Organisation des Proletariats, sondern die gemeinsame Aufgabe aller proletarischen Organisationen, der Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften.

## Kampf gegen die Teuerung.

Die Genossenschaften müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften und der A.P.D. den Kampf gegen die Teuerung unter folgenden Hauptaufgaben organisieren:

1. Unterhütung des Kampfes der Genossenschaften für höhere Löhne und Zurückerobung des Achtstundentages durch die Gewerkschaften von Mitteln für die kämpfenden, sowie Erleichterung der wichtigsten Lebensmittel in der Kampfzeit.
2. Kampf für sofortige Befreiung der Lebensmittel- und Industriezölle.
3. Kampf für Zwangsmaßnahmen gegen die Verteuerung durch die Kartelle und den Großhandel.
4. Kampf für die Befreiung der Konsumvereine von Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und jeder anderen Belastung und für die Gewährung von langfristigen, zinsfreien Krediten von Reich, Staat und Gemeinden an die Konsumvereine.
5. Verbindung der Konsumvereine mit den Kleinbauernverbänden und Kleinbauerngenossenschaften zum direkten Waren-austausch.
6. Verbindung mit den russischen Genossenschaften und Arbeitergenossenschaften zur direkten Befreiung mit Lebensmittel aus Sowjetrußland.

Diese Forderungen müssen von allen Klassenbewußten Genossenschaftsmitgliedern in jeder Genossenschaftsversammlung aufgestellt werden. Die Genossenschaftsbürokratie muß angewiesen werden, Arbeit zu tun zu tun zu den Forderungen, und die Genossenschaftsmitglieder sind zum Kampf gegen die Teuerung zu mobilisieren.

## Umsatzsteuerbefreiung für die Kapitalisten.

Hinweg mit der Steuer für die Konsumvereine!

Die Nummer 1 des „Wochen der Wirtschaft“ teilt mit, daß die Zuther-Regierung die Umsatzsteuer für alle Verträge an das Sozialministerium übertragen hat. Für das Sozialministerium hat die Zuther-Regierung Ähnliches geplant.

Der „Vorwärts“ ist der Auffassung, die Regierung stelle sich auf den Standpunkt, daß bei den Unternehmerverbänden, in denen die Einzelunternehmungen ihre Verkaufsorganisation an den Verband übertragen haben, die Umsatzsteuer eine unangenehme Doppelbelastung wird, wenn man nicht nur den Umsatz der einzelnen Verkaufsanstalten mit einer Steuer befreit, sondern auch noch den des Einzelunternehmens mit dem Zusatz:

„Jeder Arbeiter weiß, daß auf den Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften eine Doppelbelastung der Umsatzsteuer auferlegt ist. Allein die drei Konsumvereine Berlin, Dresden und Leipzig mußten im letzten Jahr 2 Millionen Mark Steuern an den Staat zahlen. Nur schwer kann man sich vorstellen, wie unannehmlich der Betrag für alle 1100 Konsumvereine des Zentralverbandes ist. Die Zuther-Regierung hat bisher nicht daran gedacht, die Arbeitergenossenschaften von der Steuer zu befreien.“

Die Sozialdemokratie verlangt jetzt die Befreiung der Doppelbelastung von den Arbeiterkonsumvereinen. Die Kommunisten verlangen nicht nur die Befreiung der Doppelbelastung, sondern die völlige Befreiung der Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften von der Umsatz-, Gewerbesteuer und jeder anderen Belastung.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag verschiedentlich die Anträge der Kommunisten auf Steuerbefreiung der Arbeitergenossenschaften abgelehnt. Sozialdemokratische Minister haben selber die Steuern erhöht und zwar auch für die Genossenschaften. Die Genossenschaftsbürokratie hat jahrelang in dem Umsatzsteuerkampf den Kopf in den Sand gesteckt und passiv beiseite geschoben.

Die Genossenschaftsmitglieder fordern jetzt vielerorts erneut die Aufnahme des Kampfes für die Befreiung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer. In der Generalversammlung in Chemnitz beschloß die A.P.D. folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Konsum- und Sparvereins Chemnitz beschloß sich mit aller Schärfe gegen die Umsatzsteuer als die unerschwerliche aller Steuern. In den Konsumvereinen ist vom Umsatz überhaupt keine Rede, sondern es findet nur eine Verteilung der Waren an die Mitglieder statt. Die Konsumvereine mit koordinierter Buchführung im Gegensatz zum privaten Kaufmanns- und Händlermarkt müssen große Summen Umsatzsteuer bezahlen, während die letzteren in der Lage sind, sich vor derselben zu drücken und dieselbe zu hinterziehen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine wird aufgefordert, mit Hilfe des Steuerrechts dieselbe zu befreien.“

Nicht, wo die Zuther-Regierung den einzelnen Kapitalisten die Umsatzsteuer zum Teil erläßt, müssen die Genossenschafts-

Abonniert den „Roten Helfer“

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Derrig, M.H.R., Berlin.